

Die Aktivierung der Bürger für ihre ureigenen Belange u n d die notwendige Erneuerung von Politik und Verwaltung

1. Einige leitende Gedanken statt einer Einleitung

1.1 Über „Die Aktivierung der Bürger für ihre ureigenen Belange“ - so ist der Vortrag im Programm dieser Fachkonferenz angekündigt - kann nur gesprochen werden, wenn zugleich über die damit verbundene notwendige Erneuerung von Politik und Verwaltung von Grund aus und auf gesprochen wird. Das ist die Begründung dafür, daß ich das Vortragsthema um den Hinweis auf die Notwendigkeit einer neuen Politik und einer neuen öffentlichen Verwaltung ergänzt habe.

„Aktivierung“ der BürgerInnen - der Begriff ist noch unscharf, deshalb vorläufig und damit kritik- und diskussionsfähig.

1.2 Beginnen wir damit, was der Begriff der Bürgeraktivierung u.a. nicht bezeichnen will.

„Aktivierung“ der BürgerInnen meint nicht mehr (nur) das alte, überlieferte soziale „Ehrenamt“ in den Ecken und Nischen des wohlfahrtsstaatlichen Komplexes. Es geht also um mehr als um dieses eher anonyme „Ehrenamt“, das die Politiker so gerne in ihren Sonntagsreden streicheln, wie sie zuvor in der Tierzuchtausstellung ein Kaninchen karessiert haben, während sie zugleich an den eigenen Sonntagsbraten und das Foto in der Montagszeitung dachten.

Es ist bezeichnend, daß wir im Wohlfahrtsstaat vom sozialen „Ehrenamt“ reden, also einen öffentlich-rechtlichen Begriff für „ehrenamtliches“ Tun benutzen. Tatsächlich geht es um selbstbestimmte „Ehrenarbeit“, nicht um ein fremdbestimmtes „Ehrenamt“. Und „Bürgerarbeit“ oder „Ehrenarbeit“ hat Zukunft im Sinne gemeinwohlorientierter Tätigkeiten, wie sie der Soziologe Ulrich Beck im Bericht der bayerisch-sächsischen Kommission für Zukunftsfragen entwickelt und beschrieben hat.

„Aktivierung“ der BürgerInnen meint auch nicht die Aktivierung von Trotteln, also von BürgerInnen, die einerseits immer größere Steuer- und Abgabenansprüche des Staates und seiner Systeme sowie andererseits immer mehr staatliche Reglementierungen gegen sich haben

und sich dann auch noch für diesen „Vater“ Staat engagieren sollen. Dies geht nicht und dies geht auch nicht gut. Die Menschen würden sich nicht für ihre ureigenen Belange einsetzen, sondern für ein anonymes, fernes System, das sie fremdbestimmt und steuert.

Die Obertrötel wären dann die Frauen, deren soziale Ehrenarbeit schon heute enorm ist, während ihnen zugleich die wenigen Ehrenämter versperrt sind, in die „man“ berufen wird und die hohe Aufwandsentschädigungen und materielle Prämien abwerfen, wie z. B. Präsidentenämter in Verbänden, in Organisationen der Wirtschaft und allen möglichen und unmöglichen Beiräten des Staates und seiner Sicherungs- und Hilfssysteme.

„Aktivierung“ der BürgerInnen für ihre ureigenen Belange meint auch nicht ein neues Programm zur Haushaltssanierung von Städten, Gemeinden und Kreisen, während ansonsten alles beim alten bleibt. Wo allerdings die Bürgeraktivierung im Sinne einer selbstbewußten, öffentlichen und eigenständigen Bürgergesellschaft ernst genommen wird und wo entlastende Wirkungen für die kommunalen Finanzen auftreten, ist es recht und billig, die „Rationalisierungsdividende“ mit den sozial und bürgerschaftlich engagierten Menschen zu teilen.

- 1.3 Was aber will der Begriff der „Aktivierung“ der BürgerInnen für ihre ureigenen Belange u.a. bezeichnen?

„Aktivierung“ der BürgerInnen zielt zunächst auf die Wiederbelebung des Lokalen, auf die Aufwertung des Örtlichen, der sozialen Nahräume, in denen jeder lebt und leben muß, in denen er mit anderen zusammenwirkt und körperlich anwesend („corporate adesse“) sein muß, in denen er beides ist: Produzent und Konsument von ureigenen, d.h. personenbezogenen Diensten der Erziehung, der Pflege, des Sozialen, der Nachbarschaft, der Kultur, der Bildung und Ausbildung, der örtlichen Gemeinschaft.

Diese sozialen Güter und Dienste, die sich nicht rationalisieren, nicht durch Technik ersetzen, nicht beliebig und auch nicht auf Vorrat produzieren lassen, werden nur in lokalen Zusammenhängen erbracht. Deshalb liegt im Lokalen das entscheidende Potential sozialer Selbstgestaltung, das größte Potential zur Entfaltung der Bürgergesellschaft, weil jeder - auch der Arbeitslose, der Kranke und Alte - seine Fähigkeiten einbringen und seinen Beitrag für sich und andere erbringen kann. Und jede Bürgerin, jeder Bürger hat ein Recht auf aktive Teilhabe an der Gestaltung örtlicher Gemeinschaft.

BürgerInnen zu aktivieren heißt, sie wieder zu ermächtigen, Produzenten ihrer eigenen sozialen Verhältnisse zu werden und nicht allein Konsumenten fremdbestimmter Angebote zu bleiben.

Damit ist klar: Im Örtlichen entscheidet sich die soziale und kulturelle Qualität der Gesellschaft und damit die Leistungsfähigkeit des gesamten Gemeinwesens, das die staatliche Struktur ebenso umfaßt wie Wirtschaft, Kultur und Soziales.

Wie beschämend ist die Politik der staatlichen Oberverbände (EU, Bund und Länder), die die lokale Autonomie, die Freiheit und Geld bedarf, aus machtpolitischen Gründen demontiert, zu einer reinen Verteilungsagentur staatlicher Leistungen umfunktioniert und damit bewußt oder unbewußt die Entfaltung der Bürgergesellschaft, d.h. die Organisation der Gemeinschaft „von unten nach oben“ verhindert.

„Aktivierung“ der BürgerInnen meint die Stärkung der örtlichen Demokratie durch die Selbstorganisation der Menschen. Die Demokratie lebt von dieser aktiven Mitgestaltung der BürgerInnen.

Es geht sogar um mehr, wie Prof. Kurt H. Biedenkopf in seiner Rede über die „Kommunale Demokratie im 21. Jahrhundert“ aus Anlaß der Eröffnung des Wettbewerbs „Bürgerorientierte Kommune“ der Bertelsmann-Stiftung festgestellt hat:

„Es geht nicht nur um die Stärkung der Demokratie, sondern es geht um ihre Überlebensfähigkeit, um ihre Existenzfähigkeit unter veränderten wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen. Man könnte sagen, daß die in Europa und in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren sichtbar gewordenen Bestrebungen zur Revitalisierung der kommunalen Ebene eine Reaktion auf die wachsenden Schwierigkeiten sind, mit den bisherigen Strukturen die gewachsene Komplexität staatlicher und gesellschaftlicher Sachverhalte zu bewältigen. Sie sind eine Reaktion auf die Erschöpfung der Fähigkeit zentralistischer, staatlicher und bürokratischer Strukturen, mit unseren Lebensverhältnissen sachgerecht zurecht zu kommen“. Diese Bestrebungen fügen sich zu einem notwendigen Prozeß der Veränderungen, der sich auch aus der Erkenntnis speist, daß ohne eine radikale Erneuerung dieser grundlegenden Strukturen die Art und Weise gefährdet ist, wie wir leben.

„Aktivierung“ der BürgerInnen für ihre ureigenen Belange meint die Wiederbelebung dezentraler kleiner Einheiten. Gemeint sind kleine Lebenskreise, in denen die „Nächstbeteiligten“ den wesentlichen Teil ihrer Lebensbedingungen untereinander selbst ordnen, selbst regeln. Solche Regelkreise begründen Vielfalt, schaffen einen produktiven Wettbewerb um die besten Ideen und Lösungen, sind flexibel, reduzieren Komplexität und sind zugleich sinnstiftend.

Hier können Menschen aktiv teilhaben an Gemeinschaft, auch wenn sie keinen Normarbeitsplatz besitzen. „Inclusion“ nennt Tony Blair dies und meint damit nicht allein die gefühlsmäßige Zuwendung, sondern die Organisation und die Organisationsform der aktiven

Teilhabe auch der Menschen an Gemeinschaft, die sonst am Rand der Gesellschaft schweigend leidend oder über den Rand der Gesellschaft fallen oder gefallen sind.

1.4 Was bedeutet dies für das örtliche politisch-administrative System?

Die eigentliche Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung hat das Bundesverfassungsgericht schon früh gesehen in der „Aktivierung der Beteiligten für ihre eigenen Angelegenheiten, die die in der örtlichen Gemeinschaft lebendigen Kräfte des Volkes zur eigenverantwortlichen Erfüllung öffentlicher Aufgaben der engeren Heimat zusammenschließt mit dem Ziel, das Wohl der Einwohner zu fördern und die geschichtliche und heimatliche Eigenart zu wahren“ (BVerfGE 11, 266 (275 f.)).

Es geht also nicht um die Aktivierung politischer Parteien und örtlicher Bürokratien. Davon hat das Bundesverfassungsgericht gerade nicht gesprochen. Im Gegenteil: Kommunale Selbstverwaltung ist die Aktivierung der BürgerInnen für ihre eigenen Angelegenheiten.

Wir müssen deshalb die Strukturen der Kommunalen Selbstverwaltung erneuern. Wir müssen die aktive Teilhabe der BürgerInnen an den örtlichen Verhältnissen ermöglichen, fördern und sichern, die BürgerInnen als Mitgestalter, als Produzenten der örtlichen Gemeinschaft ernst nehmen, sie dazu ausdrücklich ermächtigen und befähigen. Insofern bedarf die Bürgeraktivierung einer neuen Kommunalpolitik und einer neuen Kommunalverwaltung. Dies ist bei der Verwaltungsmodernisierung noch nicht bzw. nicht ausreichend gesehen und berücksichtigt worden.

In diesem Vortrag geht es nicht um Patentbeispiele, nicht um Königswege der Verwaltungsmodernisierung, nicht um einfach zu kopierende Themen und Ideen, sondern um eine neue Übersichtlichkeit, um einen grundlegenden Kulturwandel, um Veränderungen in den Köpfen von Kommunalpolitikern und Verwaltungsmitarbeitern, um die Kultur der örtlichen Zivilgesellschaft. Es geht um einen grundlegenden Transformationsprozeß hin zur gesellschaftlichen Selbstorganisation und Teilhabe im und am Lokalen.

Welche neue Kultur ist erforderlich für die Aktivierung der BürgerInnen für ihre ureigenen Belange? Welche neuen Instrumente können entwickelt werden? Welche Anreize müssen geschaffen werden? Wo liegen Anknüpfungspunkte? Welche Beispiele gibt es ?

Diese Fragen zu stellen, heißt noch nicht, die richtigen Antworten zu kennen. Im Gegenteil, die richtigen Antworten müssen im Wettbewerb der Ideen, das heißt durch die Aktivierung der BürgerInnen für ihre ureigenen Belange selbst gefunden werden. Ein erster Überblick soll hier gegeben und zur Diskussion gestellt werden.

2. Zur Ausgangslage

- 2.1 Die Ausgangslage für eine neue Kultur und Strategie der „Aktivierung“ der BürgerInnen für ihre ureigenen Belange auf der örtlichen Ebene ist im wesentlichen gekennzeichnet durch folgende zum Teil überraschende Tatbestände und Trends. Es sind Ergebnisse der empirischen Sozialforschung - zuletzt Ergebnisse der bundesweiten Repräsentativerhebung unter Leitung des Speyerer Wissenschaftlers und Werteforschers Helmut Klages.

Danach hat mit dem Wertewandel in Richtung Selbstentfaltungswerte ein Austausch der Motive für bürgerschaftliches Engagement in die Richtung von Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung stattgefunden. Dieser Austausch der Engagementmotive („Selbstentfaltung“ und „Aktiver sein“) hat das „ehrenamtliche“ oder besser das bürgerschaftliche Engagement nicht gefährdet, sondern zusätzlich gespeist.

Und die überragende Feststellung: Es besteht ein breiter Fundus eines unausgeschöpften Engagementpotentials, das „nur auf seine Erweckung aus dem Schlafzustand wartet“ (Helmut Klages).

Im einzelnen kann zur Ausgangslage festgestellt werden:

- 2.2 In unserem Land arbeiten bereits rd. 16 Mio. Menschen freiwillig und unentgeltlich. Diese Zahl ehrenamtlich und freiwillig tätigen Menschen ist in den letzten Jahrzehnten enorm gestiegen.

In 300.000 eingetragenen Vereinen und in organisatorisch nicht festgelegten, privaten Initiativen setzen sich Menschen für ihre Belange und die Belange anderer ein.

Im Unterschied zu zentralistischen Institutionen, aber auch zum örtlichen politisch-administrativen System sind die BürgerInnen besser informiert über ihre persönliche Lebenswelt und ihren sozialen Nahbereich. Die BürgerInnen sind heute kompetent, Probleme zu benennen, geeignete Lösungen mitzuentwickeln, mitzuentcheiden, mitzumsetzen und mitzuverantworten. Allerdings fehlen oft wichtige Informationen über das Bürgerengagement, woraus auch negative Vorurteile wachsen. Und es fehlt die konkrete Ansprache unter „Hinführung“ der Menschen an die Chancen dieses Engagements für sich und zugleich für die örtliche Gemeinschaft.

- 2.3 Mit dem Wertewandel und dem Austausch der Engagementmotive hat sich ein Typ der „Neuen Freiwilligen“ herausgebildet. Den „Neuen Freiwilligen“ geht es um die selbstfokussierte soziale und bürgerschaftliche Mitgestaltung im eigenen Umfeld. Oder anders formuliert: Es verbinden sich bei sehr vielen Aktiven Eigennutz und Gemeinnutz.

Im Mittelpunkt dieses neuen sozialen und bürgerschaftlichen Engagement stehen:

- der Freizeit- und Erlebniswert des bürgerschaftlichen Tuns,
- die tatsächlichen Mitgestaltungsmöglichkeiten oft auch bei hoher eigener Professionalität der bürgerschaftlich Tätigen,
- ein zeitlich abgestimmtes, projektbezogenes und selbstbestimmtes Engagement,
- sowie der soziale Nahbereich oder die örtliche Gemeinschaft als Handlungsfeld für Ehren- oder Bürgerarbeit.

2.4 Die aktuelle Klages-Untersuchung zeigt einzelne Motive des bürgerschaftlichen Engagements und Motivbündel (Abb. 1 und 2) auf. Die Bündelung der Motivfaktoren für bürgerschaftliches Engagement belegt, daß die Faktoren „Selbstentfaltung“ und „Aktiver sein“ bei den jüngeren Menschen stärker ausgeprägt sind als „Gemeinschaftsorientierung“ und „Bürgerpflicht“. Es ist mit Helmut Klages davon auszugehen, daß sich mit wachsendem Alter die Motivbündel annähern, daß es um Eigennutz und um Gemeinnutz geht, daß die Förderung bürgerschaftlichen Engagements gewissermaßen die richtige Mischung von Eigennutz und Gemeinnutz zum Gegenstand haben sollte.

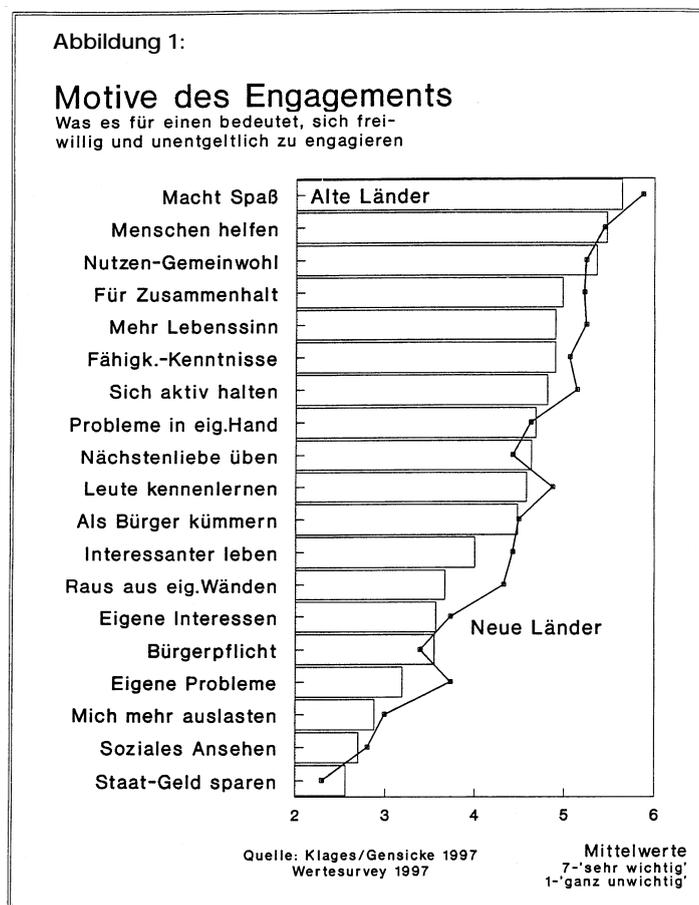


Abbildung 2:

Engagementmotive - Faktorenbündel

Selbstentfaltung

- Meine eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse einbringen und weiterentwickeln
- Meine eigenen Interessen besser durchsetzen
- Interessante Leute kennenlernen
- Meine eigenen Probleme besser lösen
- Interessanter leben

Aktiver sein

- Sich dadurch aktiv halten
- Aus den eigenen vier Wänden herauskommen
- Mich neben Beruf und Freizeit mehr auslasten

Gemeinschaftsorientierung

- Anderen Menschen helfen
- Etwas Nützliches für das Gemeinwohl tun
- Mehr für den Zusammenhalt der Menschen tun
- Praktische Nächstenliebe üben

Bürgerpflicht

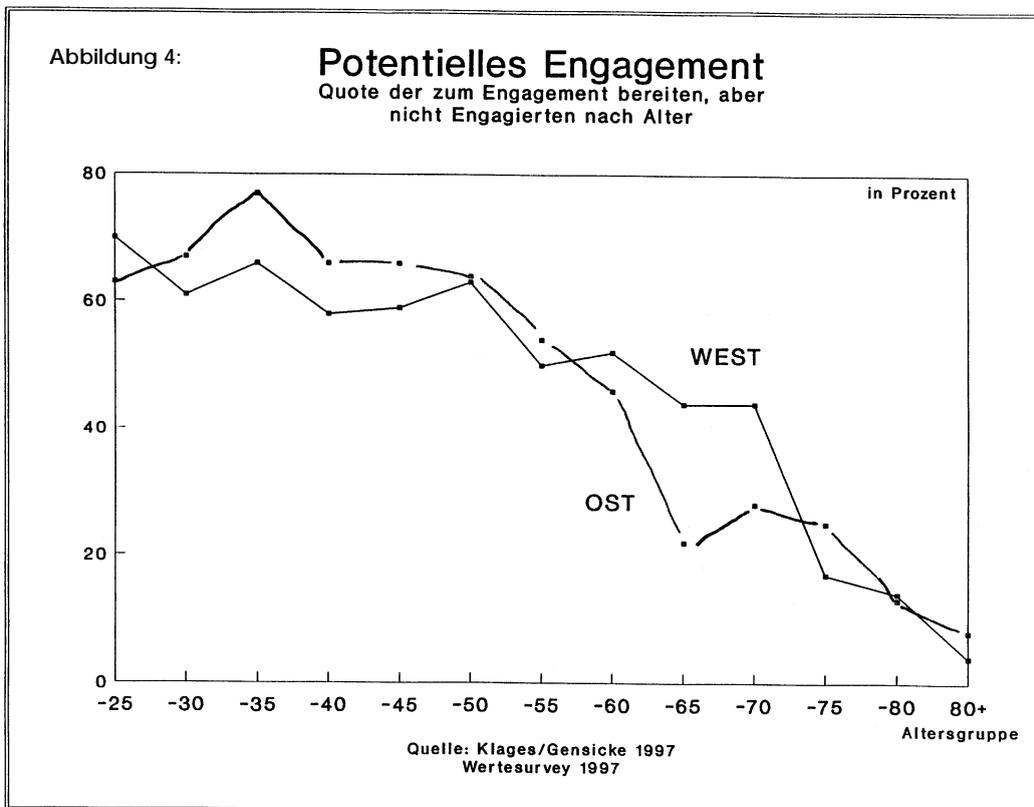
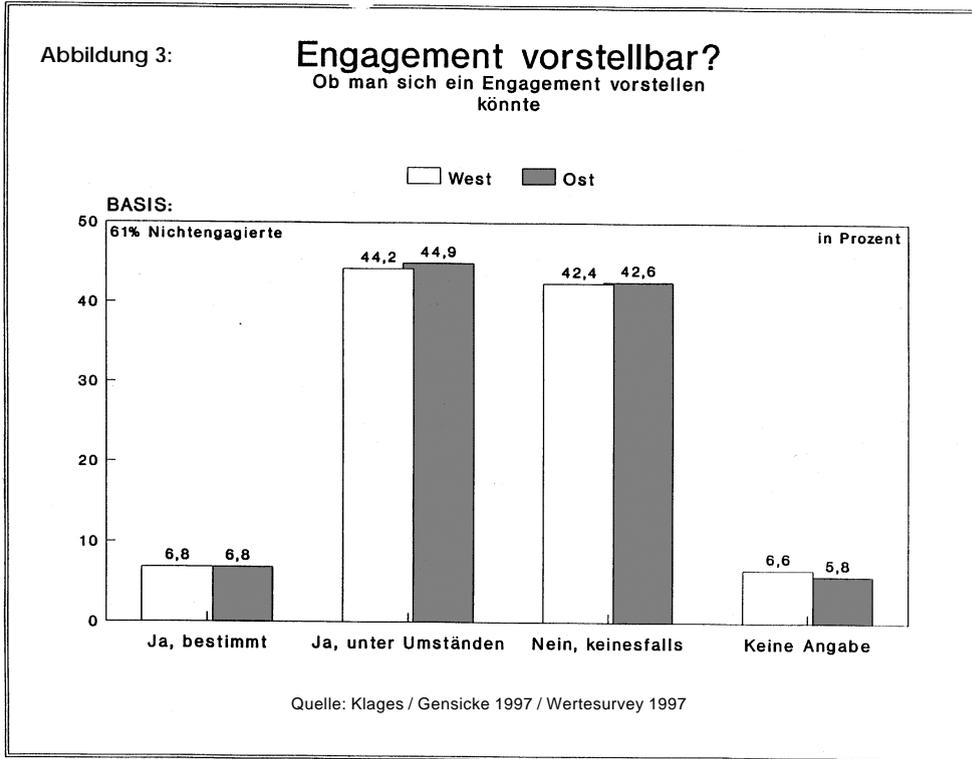
- Meiner Bürgerpflicht nachkommen
- Soziales Ansehen erwerben
- Dem Staat und den Gemeinden helfen, Geld zu sparen

Quelle: Klages / Gensicke 1997 / Wertesurvey 1997

2.5 Klar ist, daß die eigenen Interessen, der Eigennutz oder die Selbstentfaltungsmotive bürgerschaftliches Engagement stärken, mit neuer Kraft speisen. Durch die empirische Sozialforschung wissen wir, daß es in unserem Land einen breiten Fundus noch unausgeschöpften Engagementpotentials gibt, das durch eine neue Kultur, eine neue Strategie und neue Instrumente und Anreize der Bürgeraktivierung geweckt werden kann.

Die Klages-Untersuchung zeigt, daß fast die Hälfte der bisher nicht bürgerschaftlich engagierten Menschen sich durchaus ein bürgerschaftliches Tätigwerden vorstellen kann.

Wenn es gelingen würde, dieses enorme Potential an Selbstorganisation und Selbstgestaltung zu aktivieren, würde sich der Anteil der in Deutschland bürgerschaftlich und sozial engagierten Menschen auf insgesamt rd. 70 % steigern und damit sogar deutlich das heutige Niveau der Selbstorganisation in den USA übersteigen, das immer wieder bei etwas über 50 % angegeben wird, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Ausschöpfungsgrad in den USA vermutlich viel höher liegt als bei uns. Weitere Hinweise können den Abb. 3 u. 4 entnommen werden.



2.6 Die Betrachtung der Nicht-Engagement-Faktoren (Abb. 5 u. 6) zeigt, daß ein „Informations- und Anstoßmangel“ besteht, der jedoch durch eine entsprechende Engagementförderung auf örtlicher Ebene überwunden werden kann. Hier liegt das zentrale Feld für die Förderung der Selbstorganisation.

Es wird deutlich, daß eine neue, Bürger und Bürgerinnen aktivierende Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung erforderlich ist. Es wird aber auch erkennbar, daß die bisherige Verwaltungsmodernisierung, die hauptsächlich nach innen auf die Reform der Binnenfaktoren gerichtet ist, unzureichend ist, weil sie die Bürger als Kunden und Produzenten, als Kunden und Mitgestalter der örtlichen Gemeinschaft nicht ausreichend thematisiert und die Organisation der Verwaltung bislang kaum an diese neue Sicht angepaßt wird.

Es geht für Kommunalpolitik und -verwaltung zukünftig um den Bürger als „Prosumenten“, als Produzenten und Konsumenten gemeinschaftsbezogener Dienste vor Ort.

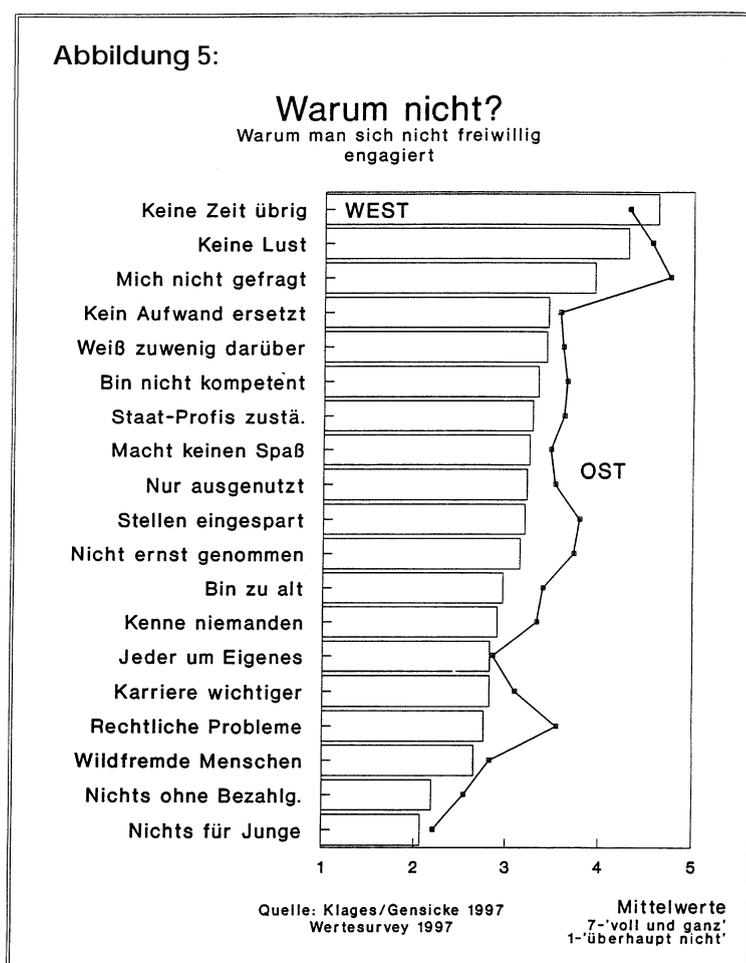


Abbildung 6:

Gründe für Nicht-Engagement-Faktorenbündel

Informations-/Anstoßmangel

- Ich weiß zu wenig darüber
- Ich kenne niemanden, an den ich mich wenden könnte
- Es hat mich niemand danach gefragt

Negativ-Image 1 - Kein Spaß

- Es macht keinen Spaß
- Ich habe keine Lust dazu
- Ich will nichts mit wildfremden Leuten zu tun haben
- Bin nicht kompetent

Negativ-Image 2 - Nur Probleme und keine Bezahlung

- Man bekommt vielleicht noch rechtliche Schwierigkeiten
- Man erhält keine Aufwandsentschädigung
- Man wird als Laie nicht ernstgenommen
- Ohne ordentliche Bezahlung mache ich gar nichts

Zeitmangel

- Ich habe keine Zeit dafür übrig
- Meine berufliche Karriere ist mir wichtiger

Quelle: Klages / Gensicke 1997 / Wertesurvey 1997

3. Voraussetzungen schaffen, das Selbstorganisationspotential zu aktivieren

„Aktivierung“ der BürgerInnen bedeutet, das große Selbstorganisationspotential in der örtlichen Bürgergesellschaft zu aktivieren. Hierzu sind grundlegende Voraussetzungen zu schaffen.

In dem Netzwerk „Kommunen der Zukunft“ der Bertelsmann-Stiftung, der KGSt und der Hans Böckler-Stiftung sowie in dem neuen Wettbewerb „Bürgerorientierte Kommune“ der Bertelsmann-Stiftung und des Vereins „Aktive Bürgerschaft“ geht es darum, systematisch anhand von Praxisbeispielen grundlegende Voraussetzungen für erfolgreiche Bürgeraktivierung zu identifizieren, zu beschreiben und im Rahmen einer Gesamtstrategie zur Wiederbelebung der örtlichen Zivilgesellschaft zu nutzen.

An dieser Stelle sollen erste Überlegungen stichwortartig und skizzenhaft diese grundlegende Aufgabe vorbereiten.

- 3.1 Im Mittelpunkt einer erfolgreichen Bürgeraktivierung in den örtlichen Lebenszusammenhängen und sozialen Nahbereichen ist der notwendige Kulturwandel zu rücken.

KommunalpolitikerInnen, VerwaltungsmitarbeiterInnen und BürgerInnen müssen zunächst das Potential und die Kraft der Selbstorganisation erkennen und nutzen wollen - auch um den Teilhabeansprüche der Menschen an der aktiven Gestaltung der örtlichen Gemeinschaft zu entsprechen.

Dies ist nur möglich, wenn die vorhandene „Defizit-Perspektive“ in den politisch-administrativen Systemen, aber auch in der Gesellschaft selbst überwunden wird. Diese „Defizit-Perspektive“ führt stichwortartig beschrieben zu folgenden Vorstellungen: Soziale Defizite sind von Dritten zu beheben. Soziale Probleme sind zu lösen. Soziale Problem- oder Randgruppen sind zu betreuen. Bürokratische Kontrollen sind besser als dezentrale gesellschaftliche Regelkreise.

An die Stelle dieser „Defizit-Perspektive“ muß eine, wie Warnfried Dettling es formuliert hat, „Ressourcen-Perspektive“ treten. Dieser Sicht- oder Standortwechsel ermöglicht es erst, das Selbstorganisationspotential zu erkennen und damit an die Aufgabe seiner Aktivierung zu gehen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch „benachteiligte“ Menschen Fähigkeiten oder „Ressourcen“ haben, Benachteiligungen zu überwinden oder selbst aktiv an der Gestaltung örtlicher Gemeinschaft mit ihren Möglichkeiten teilzunehmen.

Daraus folgt, daß dann die Menschen „befähigt“ und „ermächtigt“ werden, etwas für sich und für andere zu tun. Dies ist wiederum offensichtlich nur in überschaubaren Gemeinschaften, in dezentralen Einheiten oder kleinen Lebenskreisen möglich, die auch deshalb zur Entfaltung zu bringen sind. Insofern ist auf die Leitgedanken zu Beginn dieses Vortrags zu verweisen.

- 3.2 Um erfolgreich Bürgeraktivierung zu ermöglichen, sind auch stärkere Mitspracherechte und Entscheidungsrechte für die „aktiven“ BürgerInnen zu schaffen. Wer aktiv ist, will auch entscheiden oder zumindest mitentscheiden. Gerade darin liegt der ursprüngliche Sinn der Kommunalen Selbstverwaltung, an den das Bundesverfassungsgericht erinnert.

Ein triviales Beispiel aus Hotel und Gastronomie verdeutlicht vielleicht diese grundlegende Voraussetzung. Der Gast, der ein Frühstücksbuffet vorfindet und nutzt, beteiligt sich quasi als „Produzent“ seines Frühstücks, in dem er wichtige Dienste selbst organisiert, dafür aber erhebliche Mitsprache bzw. sogar Entscheidungsrechte über die konkrete Gestaltung seines Frühstücks erhält. Ihm wird zwar Zeit, Energie und mehr abverlangt, was ihm aber auch aus seiner Sicht Vorteile der eigenen Gestaltung und Lebensführung bringt.

- 3.3 Darüber hinaus ist an einem Anreizsystem zu arbeiten, das Motivation zum bürgerschaftlichen Engagement nicht nur durch Partizipation ermöglicht, sondern auch andere immaterielle oder materielle Belohnungen oder Anreize kennt. Kostenlose Fortbildungen, Steuervergünstigungen, Anrechte auf andere soziale und bürgerschaftliche Dienste können Beispiele sein.

In jedem Fall ist es erforderlich, „Rationalisierungsdividenden“ mit den Menschen zu teilen, die sich bürgerschaftlich engagieren und dadurch zu finanziellen Entlastungen öffentlicher Haushalte beitragen.

- 3.4 Politik und Verwaltung vor Ort müssen sich erneuern, d.h. zunächst erkennen, daß die Perspektive der Selbstorganisation mit keiner Version „vormundschaftlicher“ Politik und Verwaltung vereinbar ist.

Es müssen neue Wege der Dezentralisierung in den Städten, Gemeinden und Kreisen gefunden werden. Die dezentralen Stadt- oder Bürgerbüros bilden dazu erstklassige Ansätze.

Die Organisation der Verwaltung ist auf ganzheitliche Lebenssachverhalte auszurichten. Die Verwaltung muß sich als Dienstleistungs- oder Serviceeinheit für gesellschaftliche Selbstorganisation bzw. bürgerschaftliches Engagement verstehen und entsprechende Leistungen erbringen. Auf dieses Thema soll später noch einmal eingegangen werden.

Im folgenden werden beispielhaft Felder der Aktivierung der BürgerInnen für ihre ureigenen Belange und Anwendungsbeispiele benannt, die wichtige Anknüpfungspunkte für eine neue „Selbstorganisation“ der Bürgergesellschaft vor Ort darstellen können.

An dieser Stelle ist nur eine Übersicht möglich. Verbindungslinien und Tiefenströmungen gilt es an anderer Stelle auszumachen, um daraus konkret und nachhaltig eine neue Politik und eine neue Verwaltung zu entwickeln, die tatsächlich „Bürgeraktivierung“ im Sinne einer eigenständigen, örtlichen Bürgergesellschaft in unseren Städten und Gemeinden will, ermöglicht und unterstützt.

4. **Beispielfeld 1: BürgerInnen als BeraterInnen**

Die Kompetenz der BürgerInnen als BeraterInnen von Kommunalpolitik und -verwaltung wird erst jetzt im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung „entdeckt“. Inzwischen sind erfolgreiche Instrumente einer neuen Bürgeraktivierung in diesem Bereich entwickelt worden:

- „Aktives Beschwerdemanagement“ (Beschwerden sind erwünscht, um sie wird geworben, da Beschwerden fast immer Anregungen, Verbesserungsvorschläge und wichtige Informationen enthalten).
- Befragungen (Bürgerbefragungen, Nutzer- und Nichtnutzer-Befragungen).
- Fokus-Gruppen (Kunden-Konferenzen).
- Qualitätszirkel mit BürgerInnen
- Gemeinsame Planungsgruppen
- Bürger-Foren in Stadtteilen und Wohnquartieren
- Bürgerorientierter Haushaltsplan und entsprechendes Aufstellungsverfahren. Beides muß allerdings in Deutschland noch nach dem Vorbild der Stadt Christchurch und Phoenix entwickelt werden. Hierzu wird im Netzwerk „Kommunen der Zukunft“ ein erstes Projekt durchgeführt.

5. Beispielfeld 2: BürgerInnen organisieren selbst Einrichtungen

Hier finden wir traditionelle Lösungen und Modelle. Es gibt aber auch innovative Beispiele, die sogar gegen die verfaßte Stadt oder den Staat erst erkämpft werden mußten und um deren Selbstorganisation heute von Kommunalpolitik und -verwaltung aktiv geworben werden müßte, wenn die Einrichtungen denn nicht zur Verfügung ständen. Zu nennen sind die Beispiele der autonomen Frauenhäuser oder der sozio-kulturellen Zentren.

5.1 Beispiele für die Selbstorganisation von Einrichtungen sind u.a.

- Spielplätze
- Sporteinrichtungen wie Sportplätze, Bäder, Sporthallen
- Autonome Frauenhäuser
- Beratungsstellen
- Sozio-kulturelle Zentren
- Freie Theater, Stadtteil-Autos, Bürgerbusse
- Selbstorganisierte Angebote der Kinderbetreuung
- Jugendeinrichtungen
- Selbst- und Mithilfegruppen und ihre Vernetzungen
- AIDS-Hilfe
- Seniorenbüros
- Nachbarschaftlich organisierte Zugänge zum Internet.

5.2 An dieser Stelle gilt es, innovative Beispiele bürgerschaftlicher Selbst- und Mitgestaltung - auch aus anderen Ländern - zu nutzen, um Teilhabemöglichkeiten zu schaffen und soziale Ziele wirkungsvoll zu erreichen. Dies setzt zum größten Teil auch Innovationen des Staates und der sozialen Sicherungssysteme voraus. Einige Beispiele sollen dies verdeutlichen:

5.3 Das „Elberfelder-System von 1853“ ist ein interessantes Beispiel für die damalige kommunale Zuständigkeit für das Soziale. Es bestanden dezentralisierte Armenverwaltungen auf Bezirksebene bzw. in den Wohnquartieren. Die Ehrenamtlichkeit der Helfer war ein Merkmal dieses Systems. Viele Helfer standen jeweils für wenige Klienten zur Verfügung. Darüber hinaus war ein weiteres Merkmal die Hilfe zur Selbsthilfe. Erst 1927 wurde die kommunale Erwerbslosenfürsorge reichsweit zentralisiert. Diese Zentralisierung versperrt bis heute den Blick auf die Möglichkeiten der Dezentralisierung arbeitsmarktpolitischer Kompetenzen beispielsweise in Form lokaler Kooperationsnetzwerke, die das Einbringen bürgerschaftlichen Engagements ermöglichen.

Eine Entbürokratisierung der Förderbedingungen im Bereich der Vermittlungs- und Beschäftigungsförderung ist erforderlich, um Eigeninitiative und bürgerschaftliche Mithilfe zu ermöglichen. Auch dies kann kreativ und erfolgreich nur dezentral vor Ort geleistet werden. Darüber hinaus bietet der gesamte Bereich „Bürgeraktivierung“ neue Möglichkeiten der Teilhabe von Arbeitslosen an örtlicher Gemeinschaft. Am Ende der traditionellen Arbeitsgesellschaft stellen gerade neue Formen der Bürgerarbeit neue Teilhabemöglichkeiten dar.

Auch in diesem Zusammenhang gilt es, die Möglichkeiten zu erkennen, nicht nur die Schwierigkeiten zu sehen oder breite Entlastungswirkungen für den Arbeitsmarkt zu versprechen oder zu bezweifeln.

5.4 Seniorenprojekte „Wie möchte ich leben, wenn ich älter bin“ in der Stadt Arnberg sind innovative Formen einer neuen Bürgerbeteiligung und -aktivierung. Hier geht es darum, angehende und jüngere Senioren zusammenzubringen, die sich frühzeitig mit dem Thema Altersplanung beschäftigen, sich gemeinsam um die Gestaltung des Alters kümmern und neue Formen des eigenständigen Wohnens und der Pflege - auch mit der jüngeren Generation - selbst organisieren und gestalten.

Damit sollen drohender Vereinsamung und Isolation im Alter entgegengewirkt und durch gemeinsames Selbstorganisieren der Wohn- und Lebensgemeinschaften, im Extremfall auch ein Aufenthalt in Alten- und Pflegeheimen vermieden werden.

- 5.5 Ein herausragendes innovatives Beispiel für gesellschaftliche Selbstorganisation ist die Arbeit mit AIDS-Kranken. Was hier in den letzten Jahren quasi bürgerschaftlich oder „ehrenamtlich“ geleistet worden ist, ist hinsichtlich seiner kritischen Erfolgsfaktoren - auch für weitere Innovationen - untersucht worden.

Selbstorganisierte Leistungen sind im Rahmen der selbstorganisierten AIDS-Hilfe u.a

- die Verlagerung von Dauerfällen aus Krankenhaus in die häusliche Umgebung,
- der Aufbau von Unterstützungsstrukturen durch Angehörige und Freunde, die weitaus stärker sind als bei chronisch Kranken oder pflegebedürftigen Älteren und auch weitaus stärker sind als bei den traditionellen Strukturen von ehrenamtlicher Arbeit,
- medizinische, pflegerische und psychosoziale Unterstützungsleistungen,
- die inzwischen entstandene Hospiz-Bewegung.

6. Beispielfeld 3: BürgerInnen organisieren selbst Projekte

Selbstorganisierte Projekte werden schon immer in Städten, Gemeinden und Kreisen unterstützt. Zu nennen sind:

- Freizeitprogramme
- Kulturprojekte
- Stadtfest und Stadtteilstädte
- Sportveranstaltungen
- Nachbarschaftsdienste
- Stadtbildpflege
- Umweltprojekte
- Weiterbildungsprojekte
- Soziale Projekte u.v.m.

Gerade hier ist ein guter Bestand an Selbstorganisation zu verzeichnen, an dem eine neue Bürgeraktivierung erfolgreich anknüpfen kann.

7. Beispielfeld 4: BürgerInnen entscheiden selbst über die Gestaltung ihres räumlichen Nahbereichs

Neue Form der Entscheidung und Gestaltung des räumlichen Nahbereichs durch die BürgerInnen selbst sind in den nächsten Jahren zu suchen und auszuprobieren. Räumlicher Nahbereich meint insbesondere die Wohnquartiere, in denen sich wichtige Betätigungs- und Entscheidungsfelder für bürgerschaftliche Selbstorganisation ergeben:

Straßen, Wege, Verkehrsregelungen, Einrichtungen des ÖPNV, Grünanlagen, Beleuchtung, Reinigung, soziale Einrichtungen, kulturelle Projekte.

Planen, Handeln, Umsetzen können hier beispielhaft in bürgerschaftlicher Form zukünftig verbunden werden. Neue Unterstützungsmöglichkeiten der örtlichen Verwaltung können parallel dazu gesucht und ausprobiert werden.

8. Beispielfeld 5: Stadtstiftung

Ein innovatives Beispiel für Bürgeraktivierung ist die Stadtstiftung (Community Foundation). Erklärtes Ziel dieser Stiftungen ist es, engagierte und zu gemeinwohlorientierte Aktivitäten bereite BürgerInnen in einer Stadt oder überschaubaren Region in ihrem Bemühen zu vereinen, für die örtliche Gemeinschaft Leistungen zu ermöglichen, die durch die öffentliche Hand nicht bereitgestellt wurden oder bereitgestellt werden können.

Dabei kommt es auf die Unabhängigkeit dieser Stiftungen von eben dieser öffentlichen Hand, vom politisch-administrativen System an. Das heißt: Die Stadtstiftungen sind eindeutig Institutionen der örtlichen Bürgerschaft und unterliegen nicht dem Einfluß des öffentlich-rechtlichen Sektors. Auf Initiative von Reinhard Mahn wurde in Gütersloh die erste deutsche Stadtstiftung gegründet. Weitere Gründungen sind in Vorbereitung.

9. Neue Formen der Unterstützung bürgerschaftlicher Selbstorganisation und Tätigkeiten

Die ersten Erfahrungen aus Pilotprojekten und Experimenten mit neuen Formen bürgerschaftlicher Selbstorganisation sind auszuwerten und weiter zu entwickeln. Herauszuhebende Unterstützungsmöglichkeiten und -formen sind:

- Bürgerbüros (Senioren-Büros). Hier gibt es positive Erfahrungen, insbesondere aus Baden-Württemberg.

- Beauftragte in den Kommunalverwaltungen, zum Teil als Stabstelle organisiert oder in Fachbereichen oder sogar als eigener Fachbereich.
- Sog. Freiwilligen-Agenturen im Sinne von „Ehrenamtsbörsen“.
- Überlassungs-Verträge für städtische Einrichtungen.
- Unterschiedliche Formen der Kooperation zwischen einer Stadtverwaltung als Infrastruktur-Dienstleister für gesellschaftliche und bürgerschaftliche Selbstorganisation und engagierten BürgerInnen durch
 - * Impulse und Animation
 - * Information und Beratung
 - * Moderation
 - * Unterstützung in Form städt. Organisationshilfen oder Öffnung des Zugangs zum städt. Maschinen- und Technikpotential-/material (So können notwendige Absperrungs- und Sicherheitsmaßnahmen bei selbstorganisierten Veranstaltungen im öffentlichen Raum - z. B. Straßenfeste, Märkte, Präsentation und Großveranstaltungen - von den Bürgern selbst mit städt. Materialien wie Verkehrsschildern, Absperrband und -gitter etc. vorgenommen werden).
 - * „Kooperative“ Planungen in allen Fachbereichen der Stadtverwaltung, insbesondere auch im Bereich der klassischen Stadtplanung.

Insgesamt besteht erheblicher Konzeptbedarf, der sich zusammenfassend an einer „Ökologie des Lokalen“ orientieren kann und sollte.

10. Zusammenfassung: Auf dem Wege zu einer Ökologie des Lokalen

Zusammenfassend soll an die vorangestellten leitenden Gedanken zur „Aktivierung“ der BürgerInnen angeknüpft und erste Notwendigkeiten und Erfahrungen miteinander verbunden werden.

- 10.1 Die Bürgeraktivierung ist ausgerichtet auf die örtliche, öffentliche und eigenständige Bürgergesellschaft und damit auf das Lokale an sich.

Diese örtliche Gemeinschaft oder örtliche Bürgergesellschaft soll - wo immer möglich - an die Stelle fremdbestimmter zwangsläufig mit bürokratischen Kontrollen versehener Kommunalpolitik und -verwaltung treten und Teilhabe aller ermöglichen.

- 10.2 Die örtliche Bürgergesellschaft ist sozial produktiver, da sie das bisherige „Zwei-Klassen-Modell“ - nämlich auf der einen Seite eine aktivistische anonyme und zu einer Verteilungsagentur staatlicher Leistungen reduzierte Kommunalverwaltung und auf der anderen Seite einer passive, distanziert erwartungsvolle Gesellschaft - überwindet. Sie ist somit produktiver, da sie Bürger nicht nur als „Kunden“, sondern in erster Linie als Mitgestalter örtlicher Gemeinschaft sieht und damit die Unterscheidungen zwischen Menschen, die geben, und Menschen, die nehmen, aufhebt.

Dies geschieht durch die Gestaltung kreativer und konstruktiver Beziehungen zwischen beiden Bereichen durch bürgerschaftliches Engagement oder neuen Formen der „Bürgerarbeit“ oder selbstbestimmter sozialer Dienste auf der gesamten Breite örtlicher Gemeinschaft.

- 10.3 Diese örtliche Bürgergesellschaft ist auch sinnvoller im wörtlichen Sinne, da geistige Orientierung stets ein aktiver Vorgang ist. Die Menschen, die sich aktiv einbringen und gemeinsam mit anderen in Initiativen, Gemeinschaften, kleinen Lebenskreisen für sich und andere etwas unternehmen, ohne sich in vorgegebene staatliche oder kommunale Angebote von oben einfügen oder vorhandene Dienste nur noch konsumieren zu müssen, bilden die Grundlagen der örtlichen Gemeinschaft.

Damit wird der Sinn des Lebens zu einer Eigenleistung der Menschen. In diesem Zusammenhang ist es nicht kritikwürdig, sondern legitim und sogar äußerst wertvoll, gemeinschaftsförderliche, bürgerschaftliche Projekte und Aktivitäten aus eigenen Wünschen und eigenen Interessen, quasi zum Eigennutz zu beginnen, voranzutreiben und durchzuführen. Hieraus gewinnt das bürgerschaftliche Engagement nicht nur Sinnhaftigkeit für den einzelnen, sondern auch Vitalität und Stärke. Eigennutz und Gemeinnutz werden zusammengefaßt.

- 10.4 Die aktive örtliche Bürgergesellschaft ist auch demokratischer. Durch das bürgerschaftliche Engagement und die Herstellung von Verantwortungsgemeinschaften vor Ort wird die Demokratie aus der Anonymität zentraler Organisation in die Hand bürgerschaftlichen oder auch zivilgesellschaftlichen Engagements gelegt. Wo direkt geplant, entschieden, umgesetzt und damit verantwortet wird, bedarf es nicht mehr der Interessenvertretung durch demokratische Repräsentanten. Oskar Lafontaine drückte das so aus: „Es ist eben doch etwas anderes, ob es die Staatsbürger selber sind, die sich der öffentlichen Belange gemeinsam annehmen oder ob sie ihre Interessen durch einen noch so wohlmeinenden, noch so klugen

professionellen Volksvertreter vertreten lassen.“ Für Ulrich Beck ist sogar die „Seele der Demokratie“ berührt, indem er berechtigt die Frage nach den Teilhabechancen von BürgerInnen an ihrem eigenen Gemeinwesen aufwirft.

Kommunale Selbstverwaltung bedeutet die Aktivierung der BürgerInnen für ihre eigenen Belange, nicht die Aktivierung politischer Parteien als Fremdsorger.

Wie bei der natürlichen Umwelt sind heute auch die bürgerschaftlichen sozialen Ressourcen und damit die lokalen Ressourcen zu sehen. Soziale Ressourcen im Lokalen stehen nicht unbegrenzt zur Verfügung, erneuern sich auch nicht beliebig, sind sorgsam zu pflegen.

Die Lebensqualität der Menschen hängt von örtlichen sozialen und bürgerschaftlichen Netzen und eigenen Lebenskreisen ab, in denen sie selbst aktiv sein können.

Gute natürliche und gute soziale Umwelt sind kollektive Güter, die der einzelne nicht allein herstellen kann, an denen er aber beteiligt ist. Deshalb ist eine Ökologie des Lokalen oder des Sozialen im Lokalen zu entwickeln.

10.5 Aufgabe der Politik ist es zukünftig,

- sich selbst zu reduzieren auf die Gestaltung der elementaren Grundlagen des örtlichen Zusammenlebens, der Zukunftsvorsorge und der Infrastruktur,
- Menschen zum zivilgesellschaftlichen Engagement zu ermächtigen,
- nichtorganisierte Interessen zu vertreten und einzubringen,
- Ausfallbürgschaften zu übernehmen bei Selbstfokussierung von Solidarität und Engagement sowie
- eine soziale Gundsicherung sicherzustellen.

10.6 Aufgabe der öffentlichen Verwaltung wird es zukünftig sein,

- eine Infrastruktur für bürgerschaftliche Arbeit zu entwickeln und bereitzustellen,
- Hilfe- und Unterstützungsmaßnahmen zu leisten,
- „Existenzgründer-Programm“ auf örtlicher Ebene im sozialen und gesellschaftlichen Bereich zu organisieren,

- Entscheidungs- und Mitspracherechte für aktive BürgerInnen zu schaffen und zu akzeptieren,
- Rationalisierungsdividenden zu teilen.

„Aktivierung“ der BürgerInnen heißt, möglichst viele Menschen zu Produzenten sozialer Güter und Dienste vor Ort werden zu lassen und alle Menschen, die es wünschen, an der örtlichen Gemeinschaft teilhaben zu lassen.

So ist unter den Bedingungen weiter zunehmender Individualisierung auf der einen Seite und einer weiter zunehmenden Globalisierung auf der anderen Seite eine soziale Erneuerung und eine Stärkung des Lokalen und damit der kommunalen Ebene durch die Menschen selbst möglich und nötig.